

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — **Abendliche Beilagen:** „Katholische Sonntagsblatt“ und „Allgemeines Anzeigerblatt“. — **Bezugspreis:** Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Verzögerung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bsm. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Wiederbeleg unendlich geschwiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Anzeigen, auswärts Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 5

Dienstag, den 14. Januar 1930

32. Jahrg.

Müdenbekämpfung.

Die in Kellern, Ställen und sonstigen Räumen überwinternden Mäusen sind durch Abtöten, Zerhacken und Desinfektionsmittel und dergl. sofort zu vernichten.

Kemberg, den 11. Januar 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

Wegen der kritischen Lage auf der Konferenz hat Reichsaussenminister Curtius auf die Reise nach Genf verzichtet und bleibt im Haag.

Erneut wurde von der Vereinigung der leitenden Angestellten eine Eingabe zum Schutze älterer Angestellter bei den Gehaltsänderungen eingereicht.

Zur Bereinigung der deutschen Wollentwertung wurde eine Anlaufschleife für Meliorationszwecke vorbereitet.

Die Spaltung von Japan, Frankreich und Italien lassen die Aussichten für die Londoner Konferenz in wenig glänzender Weise erscheinen.

Moratoriumsrecht anerkannt.

Die Verhandlungen über den Zahlungsstempel.

Haag, 11. Januar.

Die Aussprache in der Sitzung der fünf Gläubigermächte mit Deutschland hat sich teilweise recht lebhaft gestaltet, führte jedoch in einem Punkte zu einer Klärung, die auf deutscher Seite als befriedigend angesehen wird. In der Frage der Festlegung des Zahlungssterms für die monatlichen Raten der Youngplanleistungen wurde von der Gegenseite der Vorschlag gemacht, daß Deutschland jeden 15. des Monats zahlen solle, die Beträge jedoch erst am 30. den Gläubigern transferiert und in der Zwischenzeit von 15. bis 30. bei der Internationalen Bank deponiert werden sollen. Die Finsen dieser 15 Tage sollen zur Regelung der Unkosten der B33. verwendet werden.

Reichsfinanzminister Woldenhauer erklärte, daß die deutschen Sachverständigen sich für den Zahlungsstempel zum 30. jeden Monats eingestellt hätten.

Die Unkosten der Bank hätten die Gläubigermächte zu zahlen. Von Finanzminister Woldenhauer, der den deutschen Standpunkt mit außerordentlicher Schärfe und Klarheit vertrat und fortgesetzt in die Aussprache eingriff, wurde hiergegen der Vorschlag gemacht, den Präsidenten der Pariser Reparationskonferenz

Owen Young als Unparteiischer

in dieser Frage anzufragen. Die Gegenseite lehnte diesen Vorschlag ab mit der Begründung, es sei nicht angelegen, einen Außenstehenden als Schlichter anzuführen.

Das Moratorium.

Zur Erörterung gelangte sodann die von der Gegenseite gestellte Forderung, daß Deutschland das im Youngplan vorgesehene Zahlungsmoratorium nur unter bestimmten Voraussetzungen, in einer bestimmten Lage, zum Beispiel einer wirtschaftlichen Depression usw. fordern dürfe und daß Deutschland eine dahingehende Erklärung abgegeben habe.

Dieses Ansuchen wurde von der deutschen Abordnung auf das schärfste zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß es kaum eine Anbahn gebe, die in der Lage wäre, unparteiisch festzustellen, ob die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ein Zahlungsmoratorium erforderlich mache.

Ein derartiges Schiedsgericht würde aller Wahrscheinlichkeit lange Zeit arbeiten, wodurch der Sinn des Zahlungsmoratoriums, Deutschland sofortige Erleichterung zu verschaffen, hinfällig würde.

Auf Grund einer juristischen Erklärung wurde sodann Deutschland das Recht zugesprochen, allein und ohne jede Einschränkung, ohne jedes Kapitulieren zu entscheiden, ob es von dem Recht, ein Moratorium zu beantragen, Gebrauch machen wolle oder nicht.

Die Formulierung dieser Erklärung wird auf deutscher Seite als völlig eindeutig dargestellt. Deutschland ist somit das an sich völlig selbständige Recht zuerkannt worden, ohne jede Einschränkung selbständig über die Notwendigkeit eines Moratoriumsantrages zu entscheiden.

Der Ansicht behandelte sodann weiter den zwischen den Gläubigermächten und der B33. abzuschließenden Finanzabkommenvertrag.

Auf der Gegenseite wurde hierzu ein Abzweigen die Forderung gestellt, Deutschland möge dieses Abkommen (sogar unterschreiben). Dieses Ergehen wurde von Deutschland abgelehnt, da dieses Abkommen Deutschland nicht angehe.

Der unzufriedene Snowden.

Paris, 11. Januar.

Verstorbene Pariser Blätter messen den Ausführungen des Schatzkanzlers Snowden eine besondere Bedeutung bei, die dieser zum Schluß der Debatte über die Termine der deutschen Zahlungen machte.

Nach dem „Reit Parisien“ hat Snowden sich nicht geäußert, der deutschen Abordnung und heraus zu sagen, daß

ke viel zu häufig Einwendungen mache und anscheinend kein anderes Ziel verfolge, als eine Senkung der deutschen Annuitäten zu erreichen, der er nicht zustimmen könne. Es wäre wünschenswert, die Arbeiten der Konferenz zu beschleunigen.

Das „Journal“ verleiht diese Ausführungen Snowden mit den Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten am letzten Dienstag über die „schwierige“ Art, in der die deutsche Abordnung die Arbeiten der Konferenz löse. Wir aber vergleichen sie mit dem mehr als hartnäckigen Verhalten desselben Snowden auf der letzten Haager Konferenz, als er sich im Interesse seines Landes so überaus unmaßgeblich zeigte und mehr als einmal den Hauch des Taugungs zum Scheitern gebracht hätte. Allerdings war das des britischen Reiches Schatzkanzler Ja. Bauer, das ist ganz was anderes!

Gegenläufige in der Sanktionsfrage unüberbrückbar

Die einseitig festgesetzte Forderung der fünf Gläubigermächte und Deutschlands über die Sanktionsfrage, an der von deutscher Seite nur die Minister Curtius und Wirth teilnahmen, hat zu keinem Ergebnis geführt.

Eine Einigung über die grundsätzliche Frage, was nach dem Zusammenbruch des Youngplans geschehen soll, konnte nicht gefunden werden. Die Gegenseite besteht, wie von deutscher Seite betont wird, unverändert weiter. Man erklärt, daß es sich hierbei um

die Quadratur des Kreises

handele. Die Franzosen verlangen von Deutschland eine neue Festlegung der Sanktionsbestimmungen des Versailleser Vertrages. Die deutsche Abordnung lehnt selbstverständlicher Weise eine derartige Forderung ab. Man sei auf deutscher Seite lebhaft bereit, einer

Einberufung des Haager Schiedsgerichts

zuzustimmen, falls die Gläubigermächte der Ansicht seien, Deutschland habe den Youngplan gebrochen. Man lehne es jedoch auf das allerhöchste ab, eine Formel zu unterzeichnen, nach der im Falle eines Zusammenbruchs des Youngplans Deutschland ausdrücklich bestätigt, daß die Sanktionsbestimmungen des Versailleser Vertrages in Kraft treten. Nach den Besprechungen der Ministerrat sind die Parteien von neuem zusammengetreten, um über diese Frage weiter zu verhandeln. Anschließend traten die sechs einladenden Mächte zur Fortsetzung der offenen reparationspolitischen Fragen zusammen.

Auch in den Zahlungsfragen kein Fortschritt.

In der Sitzung der fünf Gläubigermächte und Deutschlands sind lediglich wieder einige Fragen von geringerer Bedeutung behandelt worden.

Die großen offenen Streitfragen sind noch immer der Zahlungssterm der deutschen Monatsraten, die Umwidmung der indirekten Pfänder und die Aufholung der deutschen Zahlungen nach einem Moratorium.

Die nächste Sitzung der Gläubigermächte mit Deutschland ist auf Sonnabend vormittag einberufen worden. Im Anschluß an die Vormittagsbesprechung zwischen Tardieu und Curtius hat noch eine kurze Beratung zwischen deutschen und französischen Sachverständigen in Anwesenheit von Tardieu stattgefunden, in der jedoch keine Fortschritte erzielt worden sind.

Heute die Weiterführung der direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung in der Sanktionsfrage sind bisher noch keine Dispositionen getroffen worden.

Die Großmächte verhandeln mit Ungarn

Als Vertreter der Großmächte haben der französische Minister Loucheur, der englische Gesandte Fyppis, die italienischen Sachverständigen Fretell und Swisch dem Grafen Bichlin einen Besuch abgestattet, woran sich eine erste amtliche Besprechung mit dem ungarischen Finanzminister Kelerer und Baron Karantini schloß.

Am Sonnabend nachmittag soll die ungarische Reparationsfrage zum ersten Male in den Reparationsausschuß gelangen.

Inzwischen finden direkte Verhandlungen zwischen der ungarischen Abordnung und der Kleinen Entente statt.

Schaumburg-Lippe geht in Preußen auf.

Anschluß zum 1. April 1931 beantragt.

o. Weidberg, 11. Januar.

In der letzten Sitzung des Schaumburg-Lippeschen Landtages kam der Gesuchentwurf über die Vereinigung des freiherrlichen Schaumburg-Lippeschen mit Preußen zur Verhandlung. In einer Stellungnahme erklärte der preussische Staatsminister, daß er einen gangbaren Weg zur Klärung der Anschlußfrage nur darin liehe, wenn die Schaumburg-Lippesche Landesregierung ihrerseits einen von Schaumburg-Lippeschen Landtag bereits genehmigten Entwurf über den Anschluß Schaumburg-Lippeschen vorlege.

Die Landesregierung beantragte daher, der Landtag wolle beschließen, einen Entwurf über die Vereinigung des freiherrlichen Schaumburg-Lippeschen mit Preußen sowie der zweckmäßigen Einberufung einer Landesvertretung unter Bestätigung der Vorarbeiten des Landtages 87 der Verfassung des Landes Zustimmung zu erteilen und damit der Landesregierung die Möglichkeit geben, den vom Landtag genehmigten Vertrag über die Vereinigung Schaumburg-Lippeschen mit Preußen mit dem preussischen Staat zu schließen. Der Antrag ist mit Zustimmung der Landesregierung angenommen worden. Der Landtag hat sich am 1. April 1931 mit dem preussischen Staat vereinigt.

lung des Landes Zustimmung zu erteilen und damit der Landesregierung die Möglichkeit geben, den vom Landtag genehmigten Vertrag über die Vereinigung Schaumburg-Lippeschen mit Preußen mit dem preussischen Staat zu schließen. Der Antrag ist mit Zustimmung der Landesregierung angenommen worden. Der Landtag hat sich am 1. April 1931 mit dem preussischen Staat vereinigt.

Zur Curtius-Rede in Haag.

Geringe Hoffnungen.

Haag, 12. Januar.

Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius auf dem Frühstück der Bälterbundesjournalisten wird in Konferenzkreisen viel erörtert. Man betont, daß das die einzige politische Rede gewesen sei, die auf dem Frühstück gehalten wurde.

Dr. Curtius, der zum ersten Mal vor einem derartigen internationalen Forum sprach, hat, wie allgemein bemerkt wurde, besonderen Wert darauf gelegt, sich nicht den allgemeinen üblichen Redewendungen über Wälterbund und Wältervereinerung anzupassen, sondern er hat eindeutig darauf hingewiesen, daß Deutschland sich in einer besonderen Lage befindet, und daß an Deutschland Forderungen auf der Grundlage der gemäßigten Zahlungsverpflichtungen der Welt gestellt würden. Ferner hat Dr. Curtius unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland sich nur nicht auf dieser Konferenz in einer besonderen Lage befindet, sondern auch an dem Tage der Aussprache — dem zehnten Jahrestage des Antroffretens des Versailleser Vertrages.

Allgemein bemerkt wurde neben diesem, dem deutschen Standpunkt wenn auch in diplomatischer Form, lo doch eindeutig kennzeichnenden Hinweis, daß Curtius ausdrücklich die Bereitwilligkeit der deutschen Abordnung betonte, mit den übrigen Mächten im Wälterbund mitzuarbeiten.

Montag Zusammentritt des Ausschusses für die B33.

Der Zusammentritt des Badener Ausschusses für die B33. ist nun endgültig für Montag festgelegt worden. Es bestand auf der Gegenseite auf Grund eines Neuport eingegangenen Telegramms die erste Befürchtung, daß der Präsident des Ausschusses, der Amerikaner Reynolds, erst am Mittwoch hier eintreffen und dadurch eine unerwartete Verzögerung der gesamten Verhandlungen herbeiführen würde.

Nach einem solchen eingetroffenen neuen Telegramm ist jedoch der Zusammentritt des Ausschusses für Montag als gesichert anzusehen. Alle Verhandlungen werden auch Reichsstaatspräsident Städt teilnehmen.

Die Frage der Mobilisierung der deutschen Young-Annutitäten ist bisher noch nicht zur Erörterung gelangt, wird jedoch in den Beratungen des Badener Ausschusses von französischer Seite zur Erörterung gestellt werden. Die französische Abordnung hat der deutschen Abordnung mitgeteilt, daß sie einen Vorschlag für die Mobilisierung der deutschen Annuitäten, vor allen Dingen der ersten Tranche, ihr zugehen lassen werde.

Briand reist mit Henderson nach Genf.

Paris, 12. Januar.

Außenminister Briand ist in Paris eingetroffen, von wo er sich nach Genf zur Wälterbundeskonferenz begeben wird. Auch der englische Außenminister Henderson wird hier erwartet. Er dürfte eine Reise nach Genf gemeinsam mit Briand fortsetzen. Henderson wird an den Beratungen des Wälterbundes Montag und Dienstag teilnehmen und in der Frage der ungarischen Opantien Bericht erstatten. Dienstag abends bereits wird er seine Wälterreise nach London antreten.

Curtius fährt nicht nach Genf.

Bereinigung der Gegenseite.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat keine Reise nach Genf aufgegeben. Als Begründung wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen in den letzten Stunden sowohl in der Sanktionsfrage als auch in den reparationspolitischen Fragen sich derzeit zugespitzt hätten, daß eine Abwesenheit des Reichsaussenministers von Haag nicht möglich erseheine.

Die von englischen Schatzkanzler geforderte Einigung in den reparationspolitischen Fragen konnte nicht erzielt werden.

Die Auffassungen stehen vielmehr, wie betont wird, von neuem außerordentlich scharf einander gegenüber.

Staatssekretär von Schubert reist nach Genf und wird Deutschland im Wälterbundesrat vertreten.

Französische Lesart des deutschen Standpunktes.

Nach einer allgemeinen Sitzung der deutschen Abordnung sind die vier Außenminister sowie die Staatssekretäre von Schubert und Pänder und Ministerialdirektor Gauß zu einer Beratung zusammengetreten, in der der deutsche Standpunkt in der Sanktionsfrage erörtert und über die endgültige Stellungnahme und Antwort auf den französischen Vorschlag beraten wurde. Mitteilungen über den Verlauf dieser Besprechungen wurden nicht gemacht.

Von auf unternommen französischer Seite verläutet, daß in der Unterredung zwischen Curtius und Tardieu von deutscher



Was jeder von der Heilkunde wissen soll und verstehen kann,

sagt Reinhard in seiner neuen Heilkunde für Alle. Das Buch ist eine überragende Leistung. Ein stattlicher Band, 228 Seiten Lexikonformat, 475 Bilder, tadellos gedruckt, vornehm in Ganzleinen geb. 30 Mark. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Lese- und Bildproben kostenlos in den Buchhandlungen oder durch den

VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

Die Studi aus dem Leben.

Ein Philosoph würde damit beginnen, den Wert des menschlichen Lebens zu untersuchen und wahrheitsgemäß, je nach seiner Einstellung, das Leben bejahen oder verneinen. Dieser ist es, man verneint jede Philosophie und fragt sich, weshalb gerade zu Anfang des Jahres 1930 so viele Selbstmorde gemeldet werden? Ich habe einen abergläubigen Freund, der behauptet, das wäre ganz natürlich, denn wenn man die Jahreszahl quer abliest, so läme die Unglückszahl 13 heraus. Ein anderer verweist mich auf die Sternendeckter. Sie waren der Auffassung, die Sternbilder des neuen Jahres deuten auf Katastrophen, auch im Leben der Menschen und der Einfluss vom Himmel sei so stark, das sich schwache Naturen gar nicht anders können, als Hand an sich zu legen. Inzwischen, steigt man die eigentliche Ursache der Selbstmorde. So kommt man doch zu einer anderen Ueber-

zeugung. Jammert heißt es, wirtschaftliche Not hätte die Tat bestimmt. Ja, gab es diese wirtschaftliche Not nicht schon im Vorjahre? Gewiß, aber wie den Menschen einzuflößen sie leben in der Hoffnung, mit der Wende des Jahres könne eine neue Zeit anbrechen. Sie feierten den Beginn des neuen Jahr in fröhlichem Kreise und ließen sich Glück wünschen. Einige Tage warteten sie, dann merkten sie, daß eigentlich alles seinen alten Gang gehe und sich nichts geändert habe. Die Sorgen häuften sich viel mehr, und die Enttäuschung, dieses Jammern den letzten Hoffnungen machte den Entschluß leicht, dem Leben Lebenswohl zu sagen. Aufjähig ist es nun, daß unter den Selbstmördern sich in der Hauptgasse Frauen befinden. Auch das läßt sich erklären. Gerade die Frauen neigen dazu, sich an einem Strohalm zu flammern. Sie hoffen und hoffen wieder. Umso härter wurde die Enttäuschung und umso dringender der Wunsch, nun endlich Schluß zu machen. Daß sie Selbstmorde gehen, ist lange Zeit hergekommen, wird befehligen! Daß sie jetzt zur Tat schreiten ist die Folge der letzten Enttäuschung, das Begraben der letzten Hoffnung. Der wirtschaftlichen Not sind nun schon so viele Opfer gebracht, viele Menschen sind ihr verfallen, viele fühlten sich zu schwach, ihr zu trotzen. Die Selbstmorde sind also ein Zeichen der Zeit und ihrer Häufung aus der Zeit erklärt. Wir leben in ersten Tagen, die ganze Welt hat sich verändert. Das Leben stellt heute an den Einzelnen weit höhere Anforderungen als früher, wir können nicht mehr durch die Tage tänzeln, sondern müssen eine energiegelbe Konzentration aufweisen und schon dadurch unsere Kräfte verbrauchen. Selbstverständlich wird aus solcher Lebensänderung ein anderes Menschenbild geboren. Würden unsere Väter aus den Gräbern stehen, könnten sie die Umstellung der neuen Menschen am besten erkennen. Wir aber, mitten im Leben, gehen mit und merken nicht, wie wir anders werden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtdirektion zu Kemberg.

Das Jahr 1929 hat nach einem vorangegangenen wirtschaftlichen Aufstiege einen Konjunkturrückgang gebracht, der sich zwar nicht so rasch abgeklärt, aber doch langsam und stetig entwickelte. Daß der konjunkturrelle Abgang seinen wunden Charakter annahm, ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß infolge verfehlten Exportes wenigstens teilweise ein Ausgleich für den nachlassenden Inlandsbedarf erzielt werden konnte.

Wenigstens der Reichsbankausweis für den Jahresultimo naturgemäß eine erhebliche Anspannung zeigte, so dürfte diese doch durch die bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres einsetzende fühlbare Geldverknappung behoben sein. Nach dem Ultimoausweis betrug die Deckung der Noten durch Gold allein 40,3 gegen 40,5 % in der Vorwoche, die durch Gold und bedienungsfähige Devisen 55,3 gegen 58,2 % der Vorwoche. Die Diskontormäßigungen in Schweden, Dänemark und Norwegen sind als Zeichen fortgesetzter internationaler Insoverebilligung zu werten, jedoch bei der Fälligkeit der internationalen Ökonomie noch weiter mit einer Diskontierung in London und Paris gerechnet werden kann. Anzeichen für die auch die Möglichkeit einer Verhängung des Reichsbankdiskontofusses wieder in größere Nähe gerückt. Die Saverienlagen im Reich sind von 8728 Mill. Ende Oktober auf 8827 Mill. im November 1929 gestiegen. Der Zuwachs beträgt also 104 Millionen gegen 127 Millionen im Vormonat. Gegenüber dem Jahresanfang um ungefähr 170 Mill. im gleichen Zeitraum des Vorjahres bleibt die Summe dieser wieder erheblich zurück.

Im Laufe des Monats November wurden im Reichsbankregister 813 Konten für 304 gerichtliche Vergleichsverfahren befristet. Während die Anzahl der Konten gegenüber dem Vormonat um 32,2 % gestiegen ist, ist die der Vergleichsverfahren um 12,6 % gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsanträge hat in der ersten Dezemberhälfte eine verstärkte Zunahme erfahren und zwar betrug sie am 15. 12. 1929 1,4 Millionen. Die Ziffer der Nebenunterstützungen betrug für Mitte Dezember auf 194.000 Personen.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 15. Januar 1930, 10 Uhr, sollen im Stadthof Oppin

- 510 rm kiefernes Rollholz,
- 60 rm kiefernes Scheitholz,
- 30 rm Buche und Eiche (Rollholz),
- 15 rm Birke (Rollholz),
- 30 Reisighaufen

(Durchforstung und Sahlhiebs)

versteigert werden. Sammelort: Forsthaus Beddingungen im Terrain, Kemberg, den 3. Januar 1930

Der Magistrat.

Auk- und Brennholz-Auktion Köplich

Montag, den 20. Januar, kommen von 10 Uhr im Forsthaus Köplich zum Angebot aus Durchforstung des ganzen Revieres:

- 5 Eichen und Buche 2,98 fm
- 512 Kiefern, I.-III. Klasse, 205 fm
- 30 Kiefernstangen, I. Klasse
- 176 rm Rollholz, I. Klasse
- 111 rm " II. "

Näheres und Listen beim Rentamt Burgkennitz

Am Donnerstag, den 16. Januar, von 9—7 Uhr

findet bei Frau Schumann, Burgstr. 30 par. in Kemberg wieder meine bekannte Augen-Ausstellung und Beratung von Brillen und Klemmer statt. Seit Jahren in Kemberg bekannt. Auf Grund dreißigjähriger Erfahrung biete ich Ihnen Vorteile, die Sie überhaupt anderswärts finden.

3 Monate Probezeit! 1 Jahr Garantie für richtiges Sehen. Kostenlose Augenprüfung. Brillen aller Schattierungen, Brillen für alle Sehschwächen, Schöne Augenkorrekturen aus Kemberg. Preisliste von 2 Mark an. Sobald die Augen klammern, schnell ermitteln und keine Schrift nur schwer zu lesen ist, tut ein richtig angepasstes Glas fast immer wunderbare Dienste. Der größte Wert einer guten Brille besteht nur darin, daß die Augen durch einen erfahrenen Optiker genau geprüft werden.

Jungnis. Auf Grund ihrer peinlich genauen Anspannung haben Sie mir ein Glas geliefert, mit dem ich äußerst zufrieden bin. Die bisherigen Gläser, die mir andernorts geliefert wurden, waren mir noch nie von Nutzen. Infolgedessen war ich wirklich sehr erfreut, daß die Augen durch einen erfahrenen Optiker genau geprüft wurden.

Lassen Sie sich nicht durch neidische Konkurrenz irren machen. Fröhlich kommen erspart langes Warten.

Augen-Freund, Optiker, Berlin, Badstraße 42

Kräftiges Mottschaf
zum Absetzen
verkauft Weinbergstraße 8
Ferkel
hat abzugeben
Paul Nischke, Burgstraße

Autofahrten zu jeder Tages- und Nachtzeit
Ernst Roming
Wittenberger Straße
Telefon 242

Unser **Fußhengst** Casar v. Deufau steht zum
Decken bereit
Hengsthaltungsgenossenschaft Helbig
Eintrittsblocks
Tanzblumen, Tanzkontrollen
Tanzbänder
empfiehlt äußerst billig
Richard Arnold, Kemberg

Briefordner und **Locher**
Kontobücher
empfiehlt **Richard Arnold**
Garderobenblocks
Richard Arnold, Kemberg

Prima junges, fettes
Rind- und Hammelfleisch
und **frische Flecke**
empfiehlt **Nisch, Krausemann Nachf.**
Inb. Heinrich Schneider

Frühes Hammelfleisch
empfiehlt **Ernst Bachmann**
Dienstag früh eintreffend
frischen Schellfisch
Kfund 35 Pfg.
grüne Seringe
P. Mierzhofte

Empfehle **Dienstag früh** eintreffend
frische grüne Seringe
frischen Schellfisch
Reinhold Hartmann,
Delikatessgeschäft.

Empfehle
frisch. Schellfisch
grüne Seringe
und
Räucherwanen
Emma Reinecke
Empfehle morgen **Dienstag** von 1 Uhr an
Schaum- u. Fasten-Brezeln
Hermann Busch, Bäckerei.

Empfehle
frisch. Schellfisch
grüne Seringe
und
Räucherwanen
Emma Reinecke
Empfehle morgen **Dienstag** von 1 Uhr an
Schaum- u. Fasten-Brezeln
Hermann Busch, Bäckerei.

Empfehle
frisch. Schellfisch
grüne Seringe
und
Räucherwanen
Emma Reinecke
Empfehle morgen **Dienstag** von 1 Uhr an
Schaum- u. Fasten-Brezeln
Hermann Busch, Bäckerei.

Empfehle
frisch. Schellfisch
grüne Seringe
und
Räucherwanen
Emma Reinecke
Empfehle morgen **Dienstag** von 1 Uhr an
Schaum- u. Fasten-Brezeln
Hermann Busch, Bäckerei.

Empfehle
frisch. Schellfisch
grüne Seringe
und
Räucherwanen
Emma Reinecke
Empfehle morgen **Dienstag** von 1 Uhr an
Schaum- u. Fasten-Brezeln
Hermann Busch, Bäckerei.

Krieger-Verein
Anreten zur Beerdigung des Kameraden **Bernh. Allner** morgen **Dienstag** nachm. 2 Uhr im Hotel „Blauer Helm“. Beileidigung aller Kameraden ist Ehrenpflicht.
Der Vorstand

Rotta
Sonntag, den 19. Januar
Preisfest
Frei Jah

Männer-Turn-Verein Kemberg

Mittwoch, den 15. Januar, abends halb 8 Uhr im Hotel Palmbaum

Turnratsitzung

Anschließend halb 9 Uhr General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Berlesen des Turnratsprotokolls, 2. Jahresbericht, 3. Kasinenrechnung vom Turnhallenbau, 4. Vereinsstatutenbericht, 5. Hallenporzelle Magdeburg, 6. Koffmiste, 7. Vorstandsbericht, 8. Bericht über den

Wir bitten unsere Turnbrüder, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen

NB. Die Gewinnliste der DT-Lotterie ist eingegangen. Kostigster werden gebeten, die Liste, soweit noch nicht gefahren, in der Versammlung einzuliefern.

Freitag, den 17. Januar 1930, abends 8 Uhr, in der **Weintraube**

Missionsabend

1. Vortrag: Provinzial-Missionssekretär Warrer Schlemmer über Umwälzungen in Vorderasien

2. Lichtbildervorführung nach Bildern von Rudolf Schäfer

Eintritt 30 Pfennig

Der Gemeindefreienrat

Bertram, Probst

Fachwerkstätten

Paul Naumann - Wittenberg

Telefon 102

Masken - Kostüme

von Einfachen bis Eleganteren

auch leihweise

Sonnabend mittag 1 Uhr starb nach langem schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Bernhard Allner

im Alter von 30 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Familie Otto Allner

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Für die liebevollen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen herzlich Dank.

Familie Richard Ballmann

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Kammaras Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Zeilenzeile 40 Pfg., Ausnahmestück 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Lauben, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 5

Dienstag, den 14. Januar 1930

32. Jahrg.

Müdenbekämpfung.

Die in Kellern, Ställen und sonstigen Räumen übermühten Mäusen sind durch Abtöten, Zerhacken und Desinfektionsmitteln und dergl. sofort zu vernichten. Kemberg, den 11. Januar 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

* Wegen der kritischen Lage auf der Konferenz hat Reichsaussenminister Curtius auf die Reise nach Genf verzichtet und bleibt im Haag.
* Erneut wurde von der Vereinigung der leitenden Angehörigen eine Eingabe zum Schutze älterer Angestellter bei den abgehenden Körperstellen eingereicht.
* Zur Vereinfachung der deutschen Vordentur wurde eine Anlaufsammlung für Meliorationszwecke vorbereitet.
* Die Spaltung von Japan, Frankreich und Italien lassen die Aussichten für die Londoner Konferenz in wenig günstiger Weise erscheinen.

Moratoriumsrecht anerkannt.

Die Verhandlungen über den Zahlungstermin. Haag, 11. Januar.
Die Ausprache in der Sitzung der fünf Gläubigermächte mit Deutschland hat sich teilweise recht lebhaft gestaltet, führte jedoch in einem Punkte zu einer Klärung, die auf deutscher Seite als befriedigend angesehen wird. In der Frage der Festlegung des Zahlungstermins für die monatlichen Raten der Youngannuitäten wurde von der Gegenseite der Vorschlag gemacht, daß Deutschland jeden 15. des Monats zahlen solle, die Beträge jedoch erst am 30. den Gläubigern transferiert und in der Zwischenzeit vom 15. bis 30. bei der Internationalen Bank deponiert werden sollen. Die Zinsen dieser 15 Tage sollen zur Regelung der Unkosten der B33 verwendet werden.

Reichsfinanzminister Wolffenhauer erklärte, daß die deutschen Sachverständigen sich für den Zahlungstermin zum 30. jeden Monats einigten hätten.
Die Unkosten der Bank hätten die Gläubigermächte zu zahlen. Von Finanzminister Wolffenhauer, der den deutschen Standpunkt mit außerordentlicher Schärfe und Klarheit vertrat und fortgesetzt in die Ausprache eintritt, wurde hiergegen der Vorschlag gemacht, den Präsidenten der Pariser Reparationskonferenz

Owen Young als Unparteiischen

in dieser Frage anzuhören. Die Gegenseite lehnte diesen Vorschlag ab mit der Begründung, es sei nicht angängig, einen Außenstehenden als Schlichter anzunehmen.

Das Moratorium.

Zur Erörterung gelangte sodann die von der Gegenseite gestellte Forderung, daß Deutschland das im Youngplan vorgesehene Zahlungsmoratorium nur unter bestimmten Voraussetzungen, in einer bestimmten Lage, zum Beispiel einer wirtschaftlichen Depression usw. fordern dürfe und daß Deutschland eine dahingehende Erklärung abzugeben habe.

Dieses Anliegen wurde von den deutschen Abordnung auf das schärfste zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß es kaum eine Instanz gebe, die in der Lage wäre, unparteiisch festzustellen, ob die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ein Zahlungsmoratorium erforderlich mache.

Ein derartiges Schiedsgericht würde aller Wahrscheinlichkeit lange Zeit arbeiten, wodurch der Sinn des Zahlungsmoratoriums, Deutschland sofortige Entlastung zu verschaffen, hinfällig würde.

Auf Grund einer juristischen Entzerrung wurde sodann Deutschland das Recht zugesprochen, allein und ohne jede Einschränkung, ohne jedes Zwischenglied zu entscheiden, ob es von dem Recht, ein Moratorium zu beantragen, Gebrauch machen wolle oder nicht.

Die Formulierung dieser Erklärung wird auf deutscher Seite als völlig einseitig dargestellt. Deutschland ist somit das an sich selbständige Recht zuerkannt worden, ohne jede Einschränkung selbständig über die Notwendigkeit eines Moratoriumsantrages zu entscheiden.

Der Ansicht behandelte sodann weiter den zwischen den Gläubigermächten und der B33 abzuschließenden Erwerbungsvertrag.

Auf der Gegenseite wurde hierbei an Deutschland die Forderung gestellt, Deutschland möge dieses Abkommen (samt Unterfragen) dieses Erwerbs wurde von Deutschland abgelehnt, da dieses Abkommen Deutschland nicht angehe.

Der unzufriedene Snowden.

Paris, 11. Januar.

Verschiedene Pariser Blätter weisen den Ausführungen des Schatzkanzlers Snowden eine besondere Bedeutung bei, die dieser zum Schluß der Debatte über die Termine der deutschen Zahlungen machte.

Nach dem „Petit Parisien“ hat Snowden sich nicht gegen, der deutschen Abordnung zund heraus zu lassen, daß

he viel zu häufig Einwendungen mache und ansehend sein anderes Ziel verfolge, als eine Befriedigung der deutschen Annuitäten zu erreichen, der er nicht zustimmen könne. Es wäre wünschenswert, die Arbeiten der Konferenz zu beilegen.

Das „Journal“ vergleicht diese Ausführungen Snowdens mit den Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten am letzten Dienstag über die „schärfere“ Art, in der die deutsche Abordnung die Arbeiten der Konferenz löse. Wir aber vergleichen sie mit dem mehr als harnadigen Verhalten deselben Snowden auf der letzten Haager Konferenz, als er sich im Interesse seines Landes in überaus unangenehmig zeigte und mehr als einmal beinahe die Tagung zum Scheitern gebracht hätte. Allerdings war das des britischen Reiches Schatzminister Ja. Bauer, das ist auch was anderes!

Gegenläufige in der Sanctionsfrage unüberbrückbar

Die einseitigshändige Sitzung der fünf Gläubigermächte und Deutschlands über die Sanctionsfrage, an der von deutscher Seite nur die Minister Curtius und Wirth teilnahmen, hat zu keinem Ergebnis geführt.

Eine Einigung über die grundsätzliche Frage, was nach dem Zusammenbruch des Youngplans geschehen soll, konnte nicht gefunden werden. Die Gespräche haben sich nur



leider die Weiterführung der direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung in der Sanctionsfrage sind bisher noch keine Dispositionen getroffen worden.

Die Großmächte verhandeln mit Ungarn.

Als Vertreter der Großmächte haben der französische Minister Loucheur, der englische Gesandte Jipps, die italienischen Sachverständigen Birelli und Swobich dem Großen Reich ein Verbot abgelehnt, woran sich eine erste amtliche Besprechung mit dem ungarischen Finanzminister Keler und Baron Karanyi schloß.

Am Sonnabend nachmittag soll die ungarische Reparationsfrage zum ersten Male in den Disputationsausschuss gelangen.

Inzwischen finden direkte Verhandlungen zwischen der ungarischen Abordnung und der Kleinen Entente statt.

Schaumburg-Lippe geht in Preußen auf.

Anschluß zum 1. April 1931 beantragt.

Waldenburg, 11. Januar.

In der letzten Sitzung des Schaumburg-Lippischen Landtages kam der Gesetzentwurf über die Vereinigung des Freistaates Schaumburg-Lippe mit Preußen zur Verhandlung. In seiner Stellungnahme erklärte der preussische Staatsminister, daß er einen gangbaren Weg zur Klärung der Anschlußfrage nur darin liehe, wenn die Schaumburg-Lippische Landesregierung ihrerseits einen von Schaumburg-Lippischen Landtag bereits genehmigten Entwurf über den Anschluß Schaumburg-Lippes vorlege.

Die Landesregierung beantragte daher, der Landtag wolle beschließen, einen Entwurf über die Vereinigung des Freistaates Schaumburg-Lippe mit Preußen sowie der zweckmäßigen Einberufung einer Landesvertretung unter Leitung der Vorsitzenden des Paragrafen 57 der Verfa-

lung des Landes Zustimmung zu erteilen und damit der Landesregierung die Möglichkeit geben, den vom Landtag genehmigten Vertrag über die Vereinigung Schaumburg-Lippes mit Preußen mit der preussischen Staatsregierung rechtsverbindlich abzuschließen. Der Anschluß soll mit Geltung vom 1. April 1931 erfolgen. Der Landtag beschloß nach eingehender Beratung, den Vertrag dem Ausschuss zu überweisen, der sich aus allen Mitgliedern des Landtags zusammensetzt.

Zur Curtius-Rede im Haag.

Geringe Hoffnungen.

Haag, 12. Januar.

Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius auf dem Frühstück der Völkerverbundsjournalisten wird in Konferenzkreisen viel erörtert. Man betont, daß das die einzige politische Rede gewesen sei, die auf dem Frühstück gehalten wurde.

Dr. Curtius, der zum ersten Mal vor einem derartigen internationalen Forum sprach, hat, wie allgemein bemerkt wurde, besonderen Wert darauf gelegt, sich nicht den all-gemein üblichen Redewendungen über Völkerverbund und Völkervereinigung anzupassen, sondern er hat eindeutig darauf hingewiesen, daß Deutschland sich in einer besonderen Lage befinde, und daß an Deutschland Forderungen auf Übernahmestände der genutzlichen Zahlungsverpflichtungen der Welt gestellt würden. Ferner hat Dr. Curtius ungewöhnlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland sich nur nicht auf dieser Konferenz in einer besonderen Lage befinde, sondern auch an dem Tage der Ausprache — dem zehnten Jahrestage des Ausbruchs des Weltkrieges.

Allgemein bemerkt wurde neben diesem, den deutschen Standpunkt wenn auch in diplomatischer Form, so doch eindeutig kennzeichnenden Hinweis, daß Curtius ausdrücklich die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung betone, mit den übrigen Mächten im Völkerverbund mitzuarbeiten.

Montag Zusammentritt des Ausschusses für die B33.
Der Zusammentritt des Badener Ausschusses für die B33, in nun endgültig für Montag erfolgt worden. Es handelt sich der Gegenseite auf Grund eines Neupost eingegangenen Telegramms, die erste Bestätigung, daß der Präsident des Ausschusses, der Amerikaner Reynold, erst am Mittwoch hier eintreffen und dadurch eine unerwartete Verzögerung der geläuterten Verhandlungen herbeiführt werden würde.

Nach einem loben eingetroffenen neuen Telegramm ist jedoch nach Zusammentritt des Ausschusses für Montag als gesichert anzunehmen. In den Verhandlungen wird auch Reichsamtpräsident Schadt teilnehmen.

Die Frage der Mobilisierung der deutschen Young-Annuitäten ist bisher noch nicht zur Erörterung gelangt, wird jedoch in den Beratungen des Badener Ausschusses von französischer Seite zur Erörterung gestellt werden. Die französische Abordnung hat der deutschen Abordnung mitgeteilt, daß sie einen Vorschlag für die Mobilisierung der deutschen Annuitäten, vor allen Dingen der ersten Tranche, ihr zugehen lassen werde.

Briand reist mit Henderson nach Genf.

Paris, 12. Januar.

Außenminister Briand ist in Paris eingetroffen, von wo er sich nach Genf zur Völkerverbundstagung begeben wird. Auch der englische Außenminister Henderson wird hier erwartet. Er dürfte eine Reise nach Genf gemeinsam mit Briand fortsetzen. Henderson wird an den Beratungen des Völkerverbundes Montag und Dienstag teilnehmen und in der Frage der ungarischen Opantien Bericht erstatten. Dienstag abend bereits wird er seine Mitarbeiter nach London antreten.

Curtius fährt nicht nach Genf.

Berufshörung der Gegenseite.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat keine Reise nach Genf ausgehen. Als Begründung wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen in den letzten Stunden sowohl in der Sanctionsfrage als auch in der reparationspolitischen Fragen sich derzeit zuspitzen hätten, daß eine Abwesenheit des Reichsaussenministers vom Haag nicht möglich erscheine.

Die von englischen Schatzkanzler geforderte Einigung in den reparationspolitischen Fragen konnte nicht erzielt werden.

Die Diskussionen sehen vielmehr, wie betont wird, von neuem außerordentlich scharf einander gegenüber. Staatssekretär von Schubert reist nach Genf und wird Deutschland im Völkerverbund vertreten.

Französische Lesart des deutschen Standpunktes.

Nach einer allgemeinen Sitzung der deutschen Abordnung sind die vier Staatsminister sowie die Staatssekretäre von Schubert und Pänder und Ministerialdirektor Gauß zu einer Beratung zusammengetreten, in der der deutsche Standpunkt in der Sanctionsfrage erörtert und über die endgültige Stellungnahme und Antwort auf den französischen Vorschlag beraten wurde. Mitteilungen über den Verlauf dieser Besprechungen wurden nicht gemacht.

Von auf unterirdischer französischer Seite verlautet, daß in der Unterredung zwischen Curtius und Landau von deutscher